

Stilles Ende einer Partnerschaft

Baselland nimmt kaum noch ausserkantonale Kinder an Sonderschulen auf. Der Entscheid trifft viele Familien.

Maria-Elisa Schrade

Wer in der Nordwestschweiz ein Kind mit Mehrfachbehinderung und komplexen Therapiebedürfnissen bedarfsgerecht betreut wissen will, richtete sich bislang vornehmlich ans Kompetenzzentrum für Pädagogik, Therapie und Förderung (KPTF) – vormals TSM – in Münchenstein. Doch seit dem Schuljahr 2024/25 werden ausserkantonale Kinder nur noch in Ausnahmefällen zugelassen.

Familien aus Basel-Stadt trifft die Zulassungsbeschränkung unvorbereitet. Auch Kinder, die den Kindergarten am KPTF besuchen, dürfen plötzlich nicht mehr dort in die Primarschule wechseln. Wie das Nachrichtenportal 20 Minuten berichtet, fürchten nun betroffene Familien, dass ihre Kinder an den heilpädagogischen Tageschulen in Basel, sogenannten Spezialangeboten (SPA), nicht alle benötigten Therapien erhalten.

Nun schaltet sich die Basler Politik ein

Die Entwicklung bereitet der Basler Grossrätin Heidi Mück (Basta) Sorgen. «Das KPTF ist ein hochspezialisiertes Angebot für Kinder und Jugendliche mit mehrfachen und komplexen Behinderungen», sagt Mück. «Wird der Zugang beschränkt, besteht die Gefahr, dass gerade Kinder mit grossem Therapiebedarf nicht mehr optimal betreut und gefördert werden können.»

Mück hat deshalb einen Vorstoss eingereicht, in dem sie unter anderem wissen will, welche konkreten Auswirkungen die Zulassungsbeschränkung am KPTF für Eltern und Spezialangebote in Basel-Stadt hat, ob ein ausreichendes Therapieangebot vorhanden ist und wie die SPA insbesondere in der Übergangszeit zusätzlich unterstützt werden könnten.

«Ich würde mir vom Kanton zumindest für die Spitze mehr Unterstützung wünschen», sagt



Eine sehbehinderte Schülerin am KPTF übt lesen mit der Braille-Schrift.

Bild: zvg

Mück. «Es ist aktuell wirklich eine Herausforderung für die Spezialangebote, diese Schülerinnen und Schüler aufzunehmen.» Aktuell besuchen 81 Schülerinnen und Schüler das KPTF, davon wohnen 56 in Ba-

selland und 20 in Basel-Stadt. Vor der Zulassungsbeschränkung waren es 28 Schülerinnen und Schüler aus Basel.

Baselland priorisiert eigene Kinder

«Eine Aufnahme von ausserkantonalen Schülerinnen und Schülern ist aufgrund der Kapazitäten nicht mehr möglich», begründet die Baselbieter Bildungsdirektion den Schritt. «Diese sind sowohl räumlich als auch personell ausgeschöpft.»

Die Regelung gilt seit 2024/25 für alle Sonderschulen im Kanton Baselland, mit denen Leistungsvereinbarungen bestehen. «Der Kanton hat derzeit einen ausgewiesenen Bedarf an Sonderschulplätzen», sagt Sprecherin Fabienne Romanens. «Solange dieser Bedarf besteht, liegt der Fokus auf der Sicherstellung der kantonalen Versorgung.»

Basel-Stadt wurde vorab informiert. Aus dem Erziehungsdepartement (ED) heisst es, die

Integration der betroffenen Kinder sei zwar herausfordernd, aber machbar. «Schülerinnen und Schüler mit intensivem Betreuungsg- und Therapiebedarf werden bedarfsgerecht und angemessen in den Angeboten des Kantons beschult.»

Ausbau steht nicht zur Debatte

Die Schülerinnen und Schüler, die bereits am KPTF sind, dürfen auch bleiben, betonen zudem beide Seiten. Drei Kinder aus Basel-Stadt wurden zudem im letzten Schuljahr noch für den Kindergarten aufgenommen. So bleibt laut ED genügend Zeit, geeignete Schulsettings vorzubereiten.

Offenbar nicht zur Debatte standen ein Ausbau und eine Erneuerung der Infrastruktur sowie eine personelle Aufstockung des KPTF, etwa mit einer grösseren finanziellen Beteiligung von Basel-Stadt.

Es handle sich um Herausforderungen infrastruktureller

Natur, welche nicht kurzfristig gelöst werden könnten, sagt dazu Fabienne Romanens. Und: «Der Kanton Basel-Landschaft ist nicht dazu verpflichtet, andere Kantone in Entscheide in der eigenen Kompetenz einzubeziehen.»

Kommt nun ein zweites Kompetenzzentrum?

Das KPTF wurde 1982 als TSM von Basel-Stadt und Baselland gemeinsam gegründet. Basel-Stadt trat 2016 im Zuge der Einführung der integrativen Schule aus dem gemeinsamen Staatsvertrag aus. Seitdem ist der Bedarf insbesondere bei komplexen Fällen stetig gestiegen.

Eine mögliche Lösung wäre die Gründung eines weiteren Kompetenzzentrums in Basel-Stadt. Doch kantonale Alleingänge bergen auch immer die Gefahr unnötiger Doppelspurigkeiten.

Das Erziehungsdepartement will sich aktuell nicht zu allfälligen Plänen äussern.

«Es besteht die Gefahr, dass Kinder nicht mehr optimal betreut werden.»

Heidi Mück
Basta-Grossrätin